

## BGE 60 III 215

Bundesgericht (BGE), 1934-01-01, DE

Quelle: [https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge\\_60\\_III\\_215](https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_60_III_215)

FR: ATF 60 III 215

IT: DTF 60 III 215

### Volltext

214 l'iallrllllachlll88verfahren. No 54. in questioui di diritto sostanziale. ehe nell'eIenco dei crediti ipotecari allestito dal commissario venga iscritta quale portatrice deI titolo l'Unione di Banche Svizzere o Ia vera creditrice (vedova. Bucher-Rötlin), eindifferente, atteso che questa questiOll e non ha niente di comune con quella della copertura. E nellpure puo assere Farola di un'estensione deI concordato ipotecario alla pretesa di Alois Bernhard edella ditta Worb e Scheitlin, anche se loro spettassero realmente i diritti ehe accampano sul titolo in parola. Della questione poi di sapere, quali siauo questi diritti, l'ordinanza non aveva ad occuparsi. 3. - Per quanto infine concerne il grado dei titolo di 200000 fehi. (eonelusione N° 4), non si puo contestare ai ricorrenti l'interesse (la legittimazione) ad impugnare. rlo ov€ in realta posseggano dei diritti reali sul titolo. Ma poiche per intanto questa questione deve restare insoluta, PU!) restare in sospeso anehe il quesito della legittimazione. Comunque, infatti, l'impugnativa deI grado 0 rango deI titolo non potrebbe essere diehiarata fondata in questo procedimento avvegnacehe l'istanza cantonale constatata ehe il commissario ha attribuito al titolo il grado ehe multa dall'iscrizione a registro. I ricorrenti pretendono ehe quest' iscrizione sia erronea. La prova di queste asserzioni, per intanto affatto gratuite, essi potranno, se lo credono, fornirla in un procedimento giudiziario all'infuori del coneordato. La Oamera esecuzioni e fallimenti pronuncia : Il ricorso e respinto. Lang Druck AG 3000 Bern (Schweiz) 1. Schuldhethreihungs- und Konkursrecht. Poursuite et Faillite. I. ENTSCHEIDUNGEN DER SCHULD- BETREIBUNGS- UND KONKURSKAMMER ARR~TS DE LA CHAMBRE DES POURSUITES ET DES FAILLITES 55. Entscheid vom ao. November 1934 i. S. Xabn & Oie. Bei gleichzeitig schwebendem K 0 n kur s über die K 0 11 e k - t i v g e seil s c h a f t und einen G e seil s c h a f t er, der zur Sicherung einer Gesellschaftsschuld P f ä n der bestellt hat, kann der Gläubiger auch nach erfolgter P i a n d v e r w e r t u n g die Gesellschaftskonkurs-Dividende für seine Forderung bis zu voller Deckung beanspruchen (Art. 217 SchKG; 61 Kon- kursverordnung). Im K 0 n kur s kommt einer vorausgegangenen Pfändung keine Bedeutung mehr für die Bestimmung des G e w a h r s a m s zu (Art. 199, 206, 242 SchKG). En cas de cumul des faillites de la societi en non!, coUectif et d'un aS80cW ayant constitue un gage en garantie d'une dette de la sociew, le creancier peut, meme apres la realisation du gage, reclamer dans la f80illite de la sociew un dividende pour le mon- tant total de sa creance et jusqu'a complete satisfaction (art. 217 LP ; 61 ord. faillites). Une fois la faillite declaree aucun argument ne peut plus etre tire d'une saisie anwriure relativement a 180 question de la possession (art. 199, 206, 242 LP). In caso di contemporimeo fallimento della societa in nome collettivo e di un socio, che abbia costituito un pegno a favore di lffi debito della societa, il creditore, anche dopo la realizzazione deI pegno, PU') reclamare nel fallimento dellIs societa un divi- dendo per l'ammontare totale deI suo credito (art. 217 LEF ; 61 regolamento sui fallimenti). AS 60 III - 1934 I7 216 SC'huldbetrbungs- und Konkursreeht. Xo 55. Dn pignoramonto anteriore al fallimento non ha piil nessuna importanza in merito aHa questione deI possesso (art. 199,

206, 242 LEF.). A. - Die Rekurrentin bzw. ihr Rechtsvorgänger hat gegen die Kollektivgesellschaft Gebrüder Blumer eine Forderung von 51,951 Fr. 90 Cts., zu deren Sicherheit, der Gesellschafter Daniel Blumer Pfänder bestellt hat. In dem anfangs 1932 über die Firma Gebrüder Blumer eröffneten Konkurs wurde die Rekurrentin bzw. ihr Rechtsvorgänger im Kollokationsplan mit ihrer Forderung im angegebenen Betrage zugelassen. Die im Sommer 1933 erfolgte betriebsumtliche Verwertung der von Daniel Blumer bestellten Pfänder ergab 26,945 Fr. 40 Cts. Daniel Blumer trat seine Ersatzforderung gegen die Firma Gebrüder Blumer aus der Verwertung seiner Pfänder im Betrage von 26,945 Fr. 40 Cts. am 25. Juli 1933 an die Rekurrentin ab, und die Rekurrentin zeigte dies dem Konkursamt am 19. September 1933 an. Inzwischen war in einer von anderer Seite gegen Daniel Blumer angehängten Betreibung für ursprünglich 2758 Fr. 70 Cts. sein (damals noch nicht ausgemitteltes) eventuelles Treffen aus dem Konkurs der Firma Gebrüder Blumer um 21. August 1933 gepfändet worden. Am 21. Juli 1934 wurde auch über Daniel Blumer persönlich der Konkurs eröffnet. In der am 7. August 1934 aufgelegten Verteilungsliste des Gesellschaftskonkurses teilte das Konkursamt der Rekurrentin die Konkursdividende nur für die nach Abzug des Pfänderlöses verbleibende Restforderung von 25,006 Fr. 50 Cts. zu, was 4203 Fr. 60 Cts. ausmachte. Auf Veranlassung seiner Ehefrau will das Konkursamt die Regressforderung des Daniel Blumer gegen die Firma aus Verwertung seiner Pfänder zur Konkursmasse des Daniel Blumer ziehen und teilte dies am 14. August der Rekurrentin mit. B. - Mit der vorliegenden Beschwerde verlangt die Rekurrentin Aufhebung sowohl der sie betreffenden Verfügung in der Verteilungsliste vom 7. August im Gesellschaftsbetriebs- und Konkursverfahren. Xo 55. 217 schaftskonkurs als auch der Verfügung vom 14. August im Konkurs des Daniel Blumer und Zuteilung der Gesellschaftskonkursdividende auf die ganze Forderung von 51,951 Fr. 90 Cts. O. - Die kantonale Aufsichtsbehörde hat am 18. Oktober 1934 die Beschwerde abgewiesen. D. - Diesen Entscheid hat die Rekurrentin an das Bundesgericht weitergezogen. Die Schuldbetriebs- und Konkurskammer zieht in Erwägung: Daniel Blumer ist als Teilhaber der Firma Gebrüder Blumer Mitverantwortlich der Firma gegenüber der Rekurrentin, und diese ist von ihm, nämlich durch Verwertung der von ihm bestellten Pfänder, also aus seinem Vermögen, teilweise befriedigt worden. Wenn aber der Gläubiger von einem Mitverantwortlichen des Gemeinschuldners für seine Forderung teilweise befriedigt worden ist, so wird nach der Vorschrift des Art. 217 SchKG im Konkurs des letzteren die Forderung gleichwohl in ihrem vollen ursprünglichen Betrag aufgenommen (gleichviel, ob der Mitverantwortliche gegen den Gemeinschuldner rückgriffsberechtigt ist oder nicht.) und kommt der auf die Forderung entfallende Anteil an der Konkursmasse dem Gläubiger bis zu seiner vollständigen Befriedigung zu. Ein rückgriffsberechtigter Mitverantwortlicher erhält erst aus einem allfälligen Überschuss den Betrag, den er bei selbständiger Geltendmachung des Rückgriffsrechts erhalten würde. Somit stand dem Konkursamt als Konkursverwaltung im Gesellschaftskonkurs kein Grund zur Seite, der Rekurrentin auf einen geringeren Betrag als 51,951 Fr. 90 Cts. die Konkursdividende zuzuteilen, die noch lange nicht zu ihrer vollen Befriedigung ausreicht. Freilich bestimmt Art. 61 der Konkursverordnung: « Forderungen, für welche ganz oder zum Teil im Eigentum eines Dritten stehende Gegenstände als Pfand haften, sind ohne Rücksicht auf das Pfand, aber unter Erwähnung desselben, in ihrem vollen (anerkannten) Betrag unter die unversicherten Forderungen aufzunehmen. Hat die Pfandverwertung vor erfolgter Ausrichtung der Konkursdividende an den Pfandgläubiger stattgefunden, so ist der Pfandeigentümer

anstelle des Gläubigers zum Bezug der Dividende berechtigt, sofern und insoweit er nach dem geltenden materiellen Recht durch die Einlösung des Pfandes in die Rechte des Gläubigers eingetreten ist ». Allein diese Verordnungsvorschrift kann und will nicht den Rahmen der angeführten Gesetzesvorschrift sprengen, und ihr Abs. 2 lässt sich daher nur insoweit anwenden, als er mit ihr nicht in Konflikt kommt, also erst, wenn die Konkursdividende mehr ausmacht als der durch den Pfanderlös nicht gedeckte Rest der Forderung. Somit folgt auch nicht etwa aus Art. 61 der Konkursverordnung, dass ein Teil der auf die von der Rekurrentin angemeldete Forderung entfallenden Konkursdividende des Gesellschaftskonkurses für Daniel Blumer bzw. dessen Privatkonkursmasse als Ersatz für die von der Rekurrentin als Firmengläubigerin in Anspruch genommenen Privatpfänder abfalle. Eine solche Forderung ist aber nach den vorliegenden Akten auch nicht etwa selbständig, d. h. unabhängig von der Eingabe der Rekurrentin, im Gesellschaftskonkurs angemeldet und zugelassen worden, was doch die erste Voraussetzung irgendwelcher Berücksichtigung bei der Verteilung im Gesellschaftskonkurs wäre (und würde auch im Falle nachträglicher Anmeldung wegen der sich daraus ergebenden doppelten Belastung der Konkursmasse kaum zugelassen werden können). Somit erweist sich die Admassierungsverfügung vom 14. August 1934, welche die bezügliche Konkursdividende für die Privatkonkursmasse des Daniel Blumer in Anspruch nimmt, (mindestens vor derhand) als gegenstandslos und braucht nicht besonders aufgehoben zu werden. Hätte sie auf ihre Rechtmässigkeit hin geprüft werden müssen, so hätte sie freilich nicht bestätigt werden können. Die Pfandung dieses Gesellschaftskonkursdividendenanspruchs ist durch die Eröffnung des Privatkonkurses aufgehoben worden, und zwar ohne Nachwirkung (Art. 199, 206 SchKG) ; dann hätte aber als Geschuldbetreibung • und Konkursrecht~. N° 56. 219 wahrsamsinhaber im Zeitpunkt der Konkurseröffnung niemand anders als die Rekurrentin angesehen werden können, nachdem ihr der Dividendenanspruch unter Übergabe der Abtretungsurkunde abgetreten und die Abtretung dem Verwalter des Gesellschaftskonkurses notifiziert worden ist. Demnach erkennt die Schuldbetr.- u. Konkurskammer : Der Rekurs wird im Sinne der Erwägungen begründet erklärt. 56. Arrêt du 22 novembre 1934 dans la cause Buschi. Art. 106 et suiv. LP. Doit être réputé possesseur d'une automobile dans le sens de ces dispositions celui au nom duquel le permis de circulation est établi. Art. 106 ff. SchKG. Der Gewahrsamsinhaber im Sinne dieser Bestimmungen ist demjenigen zuzuerkennen, auf dessen Namen der Fahrausgestellt ist. Art. 106 e seg. LEF. Il titolare del permesso di circolazione e, di regola, da ritenersi possessore (detentore) dell'automobile a' sensi dei disposti precitati. A. - Le 7 juillet 1934, l'office des poursuites de Geneve a saisi au prejudice de Charles Fivaz, employe a la Societe anonyme Gypserie et Peinture, au meme lieu, une voiture automobile Voisin portant le numero GE 17927. La proprieté de cette voiture a été revendiquée par Alfred Buschi, administrateur de la Societe. Par avis du 10 et 11 septembre l'office a avisé Buschi que deux des créanciers : Filliol et Jerome & Cie, avaient contesté sa revendication et il lui a fixé un délai de dix jours pour ouvrir action contre eux a l'effet de faire reconnaître ses droits. Par deux plaintes datées du 20 septembre, Buschi a demandé a l'autorité de surveillance d'annuler l'avis de l'office et d'inviter ce dernier a impartir le délai aux créanciers contestants. Il alléguait que l'automobile était sa propriété et que le débiteur n'en avait jamais eu la possession. Comme elle avait été saisie ni au domicile du

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.